

LSVD · Almstadtstr. 7 · 10119 Berlin

An den
Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Daniel Günther
Staatskanzlei
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel

Berücksichtigung einer LSBTI*-Interessensvertretung in der Neufassung des NDR-Staatsvertrages

Berlin, 18.02.2021

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Günther,

in seinem Urteil zum ZDF-Staatsvertrag hat das Bundesverfassungsgericht am 25. März 2014 festgestellt, dass die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten am Gebot der Vielfaltssicherung auszurichten ist. Danach sind Personen mit möglichst unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungshorizonten aus allen Bereichen des Gemeinwesens einzubeziehen.

Nachdem die Bevölkerungsgruppen der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI*) in der Bundesrepublik über 60 Jahre von jeder Vertretung in Rundfunk, Fernsehen und Medien ausgegrenzt blieben, hat das Verfassungsgerichtsurteil von 2014 einen Wandel eingeleitet. Seitdem wurde mit der Berufung von Vertreter*innen des Lesbian- und Schwulenverbandes (LSVD) beim ZDF, beim Deutschlandradio, beim Saarländischen Rundfunk und bei Radio-Bremen erstmals auch LSBTI* die Teilhabe in den Aufsichtsgremien eröffnet. Auch in den Landesmedienanstalten von Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland haben LSBTI* mittlerweile Sitz und Stimme.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Günther, wir möchten Sie daran erinnern, dass es auch 2021 noch immer keine Vertretung von LSBTI* im Rundfunkrat des NDR gibt. Zurzeit bereiten die Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Hamburg eine Neufassung des Staatsvertrages für den Norddeutschen Rundfunk (NDR) vor. Es ist enttäuschend und besorgniserregend, dass bisher keine der beteiligten Landesregierungen die Chance genutzt hat, um auch Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*- und intergeschlechtlichen Menschen in dem Gremium zu berücksichtigen. Dadurch werden die positiven gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre gänzlich ignoriert.

Pressestelle

Hauptstadtbüro
Almstadtstr. 7
10119 Berlin
Tel.: 030 / 78 95 47 78
E-Mail:
presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto Nr. 708 68 00
BLZ: 370 205 00
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE 3037020500
0007086800

Steuer-Nr. 27/671/51328

VR 12282 Nz
Amtsgericht Charlottenburg

Mildtätiger Verein - Spenden
sind steuerabzugsfähig

Offizieller Beraterstatus
im Wirtschafts- und Sozialaus-
schuss der Vereinten Nationen

Mitglied im Deutschen Paritätischen
Wohlfahrtsverband
(DPWV)

Mitglied der International Lesbian,
Gay, Bisexual, Trans
and Intersex Association
(ILGA)

Mitglied im Forum Menschen-
rechte

Wir fordern Sie ebenso herzlich wie dringend auf, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sich im Rahmen der Novellierung für Sitz und Stimme von LSBTI* im Rundfunkrat des NDR einzusetzen und den Entwurf zum neuen Staatsvertrag nachzubessern.

Im laufenden Verfahren der Novellierung des MDR-Staatsvertrages haben die Landesregierungen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigt und sehen im aktuellen Entwurf eine entsprechende LSBTI*-Vertretung in dem Gremium des Mitteldeutschen Rundfunks vor.

Weshalb die für den Norddeutschen Rundfunk zuständigen Landesregierungen nicht diesem Beispiel gefolgt sind und hinsichtlich der Vielfaltssicherung die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sowie die seitdem erreichten Standards in Bezug auf LSBTI* ignorieren, ist uns völlig unverständlich.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Günther, die heutige gesellschaftliche Vielfalt muss sich in den Gremien aller öffentlich-rechtlichen Medien und den entsprechenden Gremien der Landesmedienanstalten abbilden. Auch dort müssen die vom Bundesverfassungsgericht formulierten Grundsätze zum Tragen kommen. LSBTI* müssen in diesen Gremien überall angemessen vertreten sein, das gilt auch für den NDR.

Aufgrund der bevorstehenden Ratifizierung bitten wir freundlichst um Stellungnahme bis zum 26. Februar 2021. Für ein Gespräch stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Alfonso Pantisano
LSVD-Bundesvorstand



Wolfgang Preussner
LSVD Hamburg



Benjamin Rottmann
LSVD Niedersachsen-Bremen



Sebastian Witt
LSVD Queer-Mecklenburg-Vorpommern



Danny Clausen-Holm
LSVD Schleswig-Holstein